

Knowledge Security: Risiken in der Wissenschaft

Ein freies, offenes, internationales Forschungs- und Bildungsumfeld ist für den wissenschaftlichen Fortschritt unabdingbar. Zugleich stellen geopolitische Spannungen den Bereich vor neue Herausforderungen. Viele westliche Länder entwickeln neue Ansätze zu Knowledge Security, um wissenschaftliche Werte und nationale Interessen zu wahren.

Von Leo Eigner

Forschungstreibende Organisationen wie Universitäten und Unternehmen stehen bei wissenschaftlichen und technologischen Durchbrüchen an vorderster Front und sind daher ein Drehpunkt des geopolitischen Wettbewerbs. Der globale Wissenschafts-, Technologie- und Innovationsbereich (WTI) beruht auf internationaler Mobilität und Kooperation. Im letzten Jahrzehnt sind jedoch Beweise zutage getreten, dass autoritäre Regierungen in China, in Russland, im Iran und in weiteren Ländern die Offenheit des WTI-Bereichs ausnutzen, um ihre Streitkräfte zu modernisieren, ihre Regierungs- und Überwachungssysteme zu stärken und Propaganda im Ausland zu verbreiten. Da die weitere Zusammenarbeit wissenschaftlich, wirtschaftlich und politisch wünschenswert ist, bemühen sich *Stakeholder* in den USA, im Vereinigten Königreich, in der EU, in Japan, Australien und anderen westlichen Staaten, ein Gleichgewicht zwischen Offenheit und Sicherheit zu finden. Diese vielfältigen Massnahmen werden allgemein als *Knowledge Security* («Wissenssicherheit») bezeichnet.

Knowledge Security ist ein sehr breit gefasstes und undefiniertes Konzept. Insbesondere in der Wissenschaft wird oft bestritten, ob Wissen überhaupt «gesichert» werden kann oder sollte. Generell umfasst *Knowledge Security* die Verhinderung unerwünschten Transfer von sensiblen Informationen, Know-how und Technologie, die



Studenten protestieren gegen die Angriffe auf die Wissensfreiheit in Budapest, Ungarn, 21. Juni 2020. Bernadett Szabo / Reuters

Eindämmung ausländischer Einmischung in Forschung und Lehre sowie die Minimierung von Abhängigkeiten, die die nationale Sicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit gefährden könnten. Auch ethische Anliegen sind ein wichtiger Aspekt. Ziel der *Knowledge Security* ist, wissenschaftliche Werte zu schützen, die internationale Zusammenarbeit ethisch und sicher zu gestalten sowie nationale Interessen und Werte

zu wahren. Als Konzept ist dies zwar neu, in der Praxis aber nicht. Schon im Zweiten Weltkrieg gab es Exportkontrollen auf *Dual-Use*-Güter, um die Erforschung und Entwicklung nuklearer, biologischer oder chemischer Waffen zu verhindern. *Knowledge Security* – auch *Research Security* («Forschungssicherheit») genannt – ist ein breiteres Konzept, das sich mit einer Vielzahl von Risiken befasst.

Die starke Internationalisierung des WTI-Bereichs birgt viele *Knowledge Security*-Risiken entlang der gesamten Wertschöpfungskette, von der Grundlagenforschung bis zur kommerziellen Güterproduktion. *Economic Security* («Wirtschaftliche Sicherheit») und *Knowledge Security* sind also eng miteinander verknüpft. Die Verantwortung für *Knowledge Security* verteilt sich auf mehrere Akteure und betrifft viele politische Felder, etwa Nachrichtendienste, Migration, und ausländische Investitionen. *Knowledge Security* ist daher eine gemeinsame Herausforderung: Universitäten und Unternehmen sind für den Schutz der wissenschaftlichen Werte, die Einhaltung der Exportkontrollen und die Umsetzung von *Knowledge Security*-Massnahmen verantwortlich. Die Wahrung der nationalen Sicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit ist hingegen eine Kernaufgabe des Staates. Eine unvollständige oder lückenhafte Antwort birgt grosse Risiken. Im Laufe der Zeit könnte dies die wissenschaftliche und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit untergraben, Sicherheitsbedrohungen erhöhen und grundlegende wissenschaftliche und demokratische Werte schwächen. Diesen Herausforderungen zu begegnen, erfordert also gut koordinierte und strategische Lösungsansätze – auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Das verlorene Paradigma

Die Wissenschaft gilt als universelle Sprache, die in einem freien Umfeld gedeiht. Akademische Mobilität, internationale Zusammenarbeit und ein offener Zugang zu Forschungspublikationen, Methoden und Daten sind unabdingbar für wissenschaftliche Fortschritte. Nach dem Kalten Krieg trieben westliche Regierungen, Unternehmen und Universitäten die Internationalisierung ihrer WTI-Bereiche rasch voran. Insbesondere die Regierungen propagierten die Idee eines «Wandels durch Handel». Dies sollte die Entwicklungsländer dazu bringen, das «westliche Modell» der liberalen Demokratie, einer freien Marktwirtschaft und einer toleranten Gesellschaft zu übernehmen. Wissenschaftliche Akteure wurden ermutigt, waren aber auch selbst motiviert, institutionelle Kontakte mit ausländischen Partnern zu knüpfen, Austauschprogramme aufzubauen und Forschungsmaterial frei zugänglich zu machen. Diese Prinzipien sind im WTI-Bereich so tief verankert, dass sie unter vielen wissenschaftlichen Akteuren als Grundwerte gelten.

Im Laufe der Zeit hat diese Internationalität und Offenheit den westlichen WTI-Bereich zahlreichen Risiken ausgesetzt. Ein

Wissenstransfer in sensiblen Bereichen findet automatisch statt, wenn ausländische Studierende in ihre Heimat zurückkehren. Auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern oder Kunden, deren Unabhängigkeit nicht gewährleistet ist oder die bereitwillig mit ihrer Landesregierung kooperieren, stellt eine häufige Herausforderung für Universitäten oder Unternehmen dar. Kritisch wird es, wenn Wissen oder Technologie für Militär- oder Überwachungstechnologien eingesetzt wird. Sind sensible Informationen besser geschützt, begehen staatliche oder staatsnahe Akteure auch Forschungs- und Industriespionage, Cyberangriffe und Diebstahl geistigen Eigentums. Die Offenheit des westlichen WTI-Bereichs hat das Risiko ausländischer Einmischung erhöht, darunter die Überwachung von Forschenden und Studierenden im Ausland oder das Ausnutzen

Das bisherige Paradigma der unbegrenzten Internationalität und Offenheit im WTI-Bereich wird zunehmend hinterfragt.

von Abhängigkeiten, um die Wahrnehmung durch Propaganda oder die Unterdrückung bestimmter Themen zu beeinflussen. Wenn Forschende mit ausländischen Partnern zusammenarbeiten oder im Ausland Forschung betreiben, bestehen zusätzliche Risiken für ihre eigene Privatsphäre, ihre Karriere und ihre Forschung.

Diese Übergriffe sind kein Zufall, sondern Teil umfassender, langfristiger Strategien. Die chinesische Regierung beispielsweise sieht die Wissenschaft im Dienste der «nationalen Verjüngung» und hat WTI zu einer hohen politischen Priorität erklärt. Chinas Strategie folgt dem Prinzip des *gan chao*, was so viel wie «Auf- und Überholen» bedeutet. Ziel ist, einheimische Innovationen zu entwickeln, Abhängigkeiten zu verringern und bis 2049 die führende wissenschaftliche, technologische und militärische Macht zu werden. Dafür will die Regierung Wissen, Technologie, Talent und Kapital aus dem Ausland anlocken, chinesische Ressourcen fördern und schützen sowie globale Normen für neue Technologien, wissenschaftliche Praktiken und Gouvernanz-Strukturen beeinflussen. Sie erreicht dies durch legale, semilegale und illegale Herangehensweisen, die sich in einer Grauzone bewegen, die von westlichen Akteuren nur schwer hinterfragt werden können, ohne dabei paranoid oder fremdenfeindlich zu wirken. Neue Gesetze wie

das Datensicherheitsgesetz erlauben der chinesischen Regierung auch, Daten, die internationale Forschende gesammelt haben oder die ihnen gehören, ohne deren Zustimmung zu verwenden und zu verändern. Dies erschwert die Arbeit von internationalen Forschern in China.

Geopolitische Ereignisse haben die Herausforderungen für den WTI-Bereich stärker in den Fokus gerückt. Der russische Einmarsch in die Ukraine, Chinas Menschenrechtsverletzungen und die zunehmenden Spannungen unter den Weltmächten haben die Politik hin zu *De-Risking* und De-Globalisierung getrieben. Auch der Aufstieg illiberaler Demokratien und sogenannter *Swing States* wie die Türkei, Ungarn oder Saudi-Arabien haben westliche Akteure aus der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft auf das Ausmass und die Tragweite der Risiken für den westlichen WTI-Bereich aufmerksam gemacht. 2015 beschloss die EU eine Politik der «offenen Innovation, der offenen Wissenschaft und der Öffnung zur Welt». Ab 2020 hiess es dann

allerdings «so offen wie möglich und so geschlossen wie nötig». Kurzum: Das bisherige Paradigma der unbegrenzten Internationalität und Offenheit im WTI-Bereich wird zunehmend hinterfragt. In wissenschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Kreisen ist man der Meinung, dass *Knowledge Security* zentral ist für die nationale Sicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit, für internationale Beziehungen und für die liberale Demokratie.

Das Dilemma

Knowledge Security-Risiken sind in den letzten zehn Jahren vermehrt ins Bewusstsein gerückt. Seit den späten 2010er-Jahren debattieren wissenschaftliche, politische und wirtschaftliche Akteure mögliche Lösungen. Ein Bruch mit ausländischen Partnern wäre schlecht für die Wissenschaft und für die internationalen Beziehungen. Das globale WTI-Netzwerk zu entflechten wäre schwierig und könnte westliche Akteure von wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen im Ausland abschneiden. China ist es beispielsweise gelungen, sich zu einem unverzichtbaren Partner zu entwickeln und in Bereichen wie KI, Biotechnologie und Raumfahrt eine führende Rolle einzunehmen (siehe [CSS-Analyse Nr. 323](#)). Kapital, Talente, Forschungsinfrastruktur und natürliche Ressourcen des Landes – darunter seltene Erden, die für neue Technologien gebraucht

werden – machen das Land äusserst attraktiv. Eine Entkopplung wäre disruptiv und würde den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt bremsen.

Das andere Extrem des Nichtstuns ist allerdings ebenfalls eine schlechte Option. Ein «*Business as usual*»-Ansatz würde den WTI-Bereich auf unverantwortliche Weise weiterer Ausbeutung aussetzen. Wissenschaftliche und demokratische Werte könnten verletzt und Abhängigkeiten zur Manipulation genutzt werden. Zudem hätte der Westen weniger Gestaltungsmöglichkeiten und Kontrolle über ethische Standards und die Gouvernanz von neuen Technologien. Das Nichtstun würde Risiken für die nationale Sicherheit erhöhen, etwa durch unerwünschten Wissenstransfer zu chinesischen Militäruniversitäten. Dies würde auch die nationale Wettbewerbsfähigkeit untergraben.

Die dritte Option wäre, wissenschaftliche Zusammenarbeit und wirtschaftliche Beziehungen mit schwierigen ausländischen Partnern zu überdenken und zu rekalisieren. Dies ist die sinnvollste, aber auch die schwierigste Option, denn sie erfordert einen Balanceakt, der darin besteht, einerseits die Wissenschaft offenzuhalten, andererseits aber auch die Risiken zu minimieren. Diese Risiken sind granular, vielschichtig und verändern sich ständig, sodass ein kontinuierliches Monitoring- und Eindämmungsnetzwerk zwischen zahlreichen wissenschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteuren erforderlich ist. Die betroffenen *Stakeholder* müssen sich also darauf einigen, wie diesen Herausforderungen am besten zu begegnen ist. Leider haben sie gegenwärtig sehr unterschiedliche Ansichten zur *Knowledge Security*.

Die Perspektiven der Stakeholder

Politische Akteure wie Regierungsbehörden oder Parlamentarier betrachten Wissen allgemein als Macht. Grundlagenforschung und kommerzielle Produkte gelten als Quelle des nationalen Wohlstands, der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherheit. Sie sind die Innovationsgrundlage, ein Garant für Souveränität und ein Faustpfand in den internationalen Beziehungen. Da sich Staaten als Konkurrenten sehen und die Kooperation als Teil dieses Wettbewerbs verstehen, sind politische Akteure empfindlich, wenn Wissen und Technologien in die falschen Hände geraten. Werden Gesetze, Werte oder Institutionen untergraben, erkennen und befürchten politische Akteure schnell, dass dies langfristig zu sozialer und politischer Instabilität führen könnte.

In den vergangenen Jahren zeigten sich die politischen Akteure im Westen zunehmend besorgt über den Umfang von Sicherheitsvorfällen und frustriert über die ihnen oft als mangelhaften vorkommenden Reaktionen des WTI-Bereichs. Dies führte bisweilen zu schlechten politischen Entscheidungen. Ein Beispiel ist die China-Initiative der Trump-Regierung von 2018. Sie sollte die chinesische Forschungs- und Industriespionage bekämpfen, wurde aber stark kritisiert, weil sie oft willkürlich auf Chinesen und chinesischstämmige Amerikaner abzielte und dabei die Fremdenfeindlichkeit schürte. Allgemein sehen politische Akteure die WTI als eine Form der Staatskunst, betrachten *Knowledge Security* durch eine Sicherheitslinse und neigen eher zu *Top-down*-Lösungen.

Wissenschaftliche Akteure wie Universitäten, Förderagenturen oder Forschende sind im Allgemeinen der Ansicht, dass Wissen frei ist oder zumindest sein sollte. Das ist einerseits eine Frage des Prinzips, andererseits aber auch der Praxis. Die Wissenschaft gedeiht in einem freien Umfeld. Daher lehnen wissenschaftliche Akteure generell Massnahmen ab, die die Offenheit, die internationale Zusammenarbeit und die akademische Mobilität einschränken. Aus diesen Gründen misstrauen sie *Knowledge Security*, aber auch, weil sie die mögliche Verletzung wissenschaftlicher Werte und -freiheiten fürchten, insbesondere der Wissenschaftsfreiheit und der institutionellen Autonomie. Die Wissenschaftsfreiheit bezeichnet das Recht von Forschern und Studierenden, ohne Einmischung oder Angst vor Repressalien zu forschen, zu unterrichten und ihr Wissen zu teilen. In den meisten Demokratien ist die Wissenschaftsfreiheit in der Gesetzgebung oder sogar in der Verfassung verankert und schützt wissenschaftliche Akteure vor innerer und äusserer Einmischung. Die institutionelle Autonomie stellt sicher, dass sich Forschende ohne politisches Eingreifen selbst verwalten und eine für die Wissenschaft vorteilhafte Politik betreiben.

Wissenschaftliche Akteure haben guten Grund zur Annahme, dass *Knowledge Security* zu politischer Übervorteilung führen könnte. 2021 wandelte beispielsweise die ungarische Regierung 34 öffentliche Universitäten und Institutionen in öffentliche Treuhandstiftungen um und zwang diese Institutionen somit dazu, alle Rechte an regierungstreue Leitungsgremien abzugeben. Doch trotz legitimer Bedenken erkennen die meisten wissenschaftlichen Akteure die Notwendigkeit einer Regulierung an.

Weiterführende Literatur

Asena Baykal und Thorsten Benner, **Risky Business: Rethinking Research Cooperation and Exchange with Non-Democracies**, *Global Public Policy Institute* (Oktober 2020).

OECD, **Integrity and security in the global research ecosystem**, in: *OECD Science, Technology and Industry Policy Papers*, (Juni 2022).

Irna van der Molen et al, **Keeping science open? Current challenges in the day-to-day reality of universities**, *CESAER* (Oktober 2023).

Ethische Bedenken sind häufig ausschlaggebend. In den Niederlanden wurde eine Forschungsk Kooperation zwischen Universitäten und Huawei von Politik und Wissenschaft gleichermaßen kritisiert, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Für Politiker war es die Sorge um den unerwünschten Wissenstransfer, für Wissenschaftler die Tatsache, dass Huawei in Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren verwickelt war. Dass sich die Kooperation sowohl als Sicherheits- wie auch als Menschenrechtsrisiko darstellte, brachte die Interessen der Beteiligten auf eine Linie und eröffnete Handlungsmöglichkeiten.

Wirtschaftsakteure betrachten Wissen allgemein als Kapital. Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen und geistigem Eigentum sowie der Zugang zu Produktionsstätten sind für sie eine Frage der kommerziellen Wettbewerbsfähigkeit. Dies gilt insbesondere für forschungsintensive Unternehmen und noch mehr für solche, die in sensiblen Branchen wie der Robotik oder der Halbleiterindustrie tätig sind. Sind Wissen, Güter oder Dienstleistungen von strategischem Wert, dann werden die Risiken für die Wirtschaftsakteure zur Frage der wirtschaftlichen oder gar der nationalen Sicherheit. Zu den Risiken zählen Abhängigkeiten in den Lieferketten, der digitale und physische Schutz kritischer Infrastrukturen und der unerwünschte Wissens- und Technologietransfer. In den letzten Jahren hat sich die Wirtschaftsspionage zu einer ernsthaften Bedrohung entwickelt. Zwischen 2018 und 2022 verzeichnete der britische Inlandsgeheimdienst MI5 etwa siebenmal mehr Ermittlungen im Zusammenhang mit China. In den meisten Fällen ging es um Spionagefälle gegen forschungstreibende Organisationen. Eine weitere Sorge ist das *Offshoring* von Innovation. So prüft Microsoft derzeit, ob es ein spezialisiertes KI-Forschungslabor aus Peking abziehen soll.

Eine einende Front

Trotz dieser unterschiedlichen Sichtweisen sind sich die meisten wissenschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteure darin einig, dass die geopolitische Lage *Knowledge Security* zu einer Notwendigkeit gemacht hat – auch wenn sie sich gegenwärtig noch bei der Bewertung der Dringlichkeit uneinig sind. Einigkeit herrscht allerdings darüber, dass der Schutz wissenschaftlicher Werte und die Wahrung nationaler Interessen eine Frage der Proportionalität ist. Es muss ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Risikominimierung und internationalem Austausch gefunden werden. Die grösste Herausforderung besteht darin, dieses Verhältnis für die zahlreichen individuellen und institutionellen Akteure aus diversen Interessengruppen in den verschiedenen Ländern zu finden.

Seit den späten 2010er-Jahren wurden verschiedene Massnahmen gegen *Knowledge Security*-Risiken ergriffen. Einige Universitäten und akademische Verbände haben Leitlinien, Checklisten und Verhaltenskodizes herausgegeben, um Individuen und Institutionen zu informieren und zu beraten. In Absprache mit Regierungsbehörden wurden nationale Beratungszentren, Arbeitsgruppen und Taskforces eingerichtet, um institutionenübergreifende Unterstützung zu leisten, *Best Practices* zu definieren und die verschiedenen Massnahmen zu koordinieren. Einige Regierungen, darunter die USA und EU-Staaten, planen eine Revision der bestehenden Exportkontrollen und ausländischer Investitionen in sensiblen Bereichen. In Kanada wurden die Sicherheitsbehörden in die Prüfung von Forschungsanträgen einbezogen – mit gemischter Bilanz. Nationale Ansätze zu *Knowledge Security* variieren je nach Struktur und Kultur des WTI-Bereichs. Manche Länder, wie Frankreich, haben einen *Top-down*-Ansatz. Andere, wie Deutschland, vertrauen eher auf einen *Bottom-up*-Ansatz. Die Niederlande kombinieren beide Ansätze mit guten Ergebnissen. Während einige Länder auf bestimmte Regierungen abzielen, bleiben andere unspezifisch. Auch auf internationaler Ebene wird koordiniert. 2023 veröffentlichte eine G7-Arbeitsgruppe einen Bericht zu *Knowledge Security* und die EU lancierte die *European Economic Security Strategy*.

Diese Vielfalt hat zu einer uneinheitlichen und unkoordinierten Vorgehensweise geführt. Allerdings scheint sich ein Konsens abzuzeichnen. Es herrscht Einigkeit darüber, dass *Knowledge Security*-Ansätze am besten auf Basis etablierter Grundsätze – der Wissenschaftsfreiheit, institutionelle Autonomie und Offenheit – zu erreichen sind. Dazu gehören Rechte und Freiheiten, aber auch Verantwortlichkeiten. Die meisten Akteure stimmen darin überein, dass die Wissenschafts- und Wirtschaftsakteure dafür verantwortlich sind, den unerwünschten Wissenstransfer, ausländische Einmischungen, Abhängigkeiten und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Dazu gehören die interne Risikobewertung und das Risikomanagement, die Prüfung ausländischer Investitionen und *Due Diligence* bei ausländischen Partnern und Projekten. Da *Knowledge Security* letztlich ein politisches Problem ist, benötigen die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Akteure Unterstützung aus der Politik. Diese besteht im Wesentlichen darin, die Beteiligten mittels Informationen, Ressourcen, politischer Leitlinien und einschlägiger rechtlicher Rahmenbedingungen handlungsfähig zu machen. Schliesslich bringt die Komplexität der Herausforderungen einige gemeinsame Verantwortungen für die Sensibilisierung, die Standardisierung von *Best Practice*-Verfahren und die Koordination der Massnahmen auf nationaler und internationaler Ebenen, damit Schlupflöcher und Schwachstellen angegangen werden können.

Die langfristige Perspektive

Obwohl *Knowledge Security* mehr Aufmerksamkeit erhielt, bleiben viele Herausforderungen bestehen. Im Allgemeinen ist die Reaktion des Westens schlecht koordiniert und fragmentiert. Dies ist eine zentrale, strukturelle Schwäche. Die Entscheidungsfindung ist in der *Bottom-up*-Kultur des WTI-Bereichs sehr langsam. Wenn nationale Leitlinien und Empfehlungen koordiniert werden, kann jeder wissenschaftliche Akteur sie gemäss seiner institutionellen Autonomie unterschiedlich interpretieren und übernehmen, was Schlupflöcher schaffen kann. Ein allgemeiner Mangel an Bewusstsein und Verständnis für *Knowledge Security*-Risiken unter Forschende verschärft die Risiken und

verzögert Gegenmassnahmen. Auch der Fokus auf Risikoanalyse und Risikomanagement führt eher zu einem reaktiven als zu einem proaktiven Handeln. Trotz nationaler und internationaler Arbeitsgruppen ist es den westlichen Akteuren bislang nicht gelungen, gemeinsame Prioritäten und Strategien festzulegen und die Herausforderungen geschlossen anzugehen. Insgesamt stellt man in der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft kurzfristige Gewinne (Fördermittel, Umsätze, Wiederwahl) über langfristige Interessen (nationale Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Souveränität) – eine allgemeine Schwäche westlicher Demokratien.

In dieser neuen Ära des strategischen Wettbewerbs stehen Wissenschaft und Technologie im Mittelpunkt eines wahrscheinlich langen, komplizierten und ungewissen Widerstreits, der vom Alltäglichen bis hin zum Ideologischen alles umfasst. Die Risiken der Globalisierung und eines offenen WTI-Bereichs werden in absehbarer Zeit nicht verschwinden. *Knowledge Security* ist daher eine langfristige Aufgabe. Die Herausforderung für alle Beteiligten liegt darin, sich in einer vernetzten Welt in den strategischen Wettbewerb einzubringen. Es gibt viele mögliche Antworten. Egal, wofür man sich dabei entscheidet, das neue Paradigma sollte nachhaltig und anpassungsfähig sein und darauf abzielen, wissenschaftliche Grundwerte, technologische Ressourcen und Kompetenzen sowie nationale Interessen zu stärken.

Für mehr zu Perspektiven Euro-Atlantischer Sicherheit, siehe [CSS Themenseite](#).

Leo Eigner ist Senior Researcher im Team Schweizer und Euro-Atlantischer Sicherheit am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

HerausgeberInnen: Fabien Merz
Lektorat: Leo Eigner
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Die Beobachtung bewaffneter Konflikte aus dem All Nr. 336
Ukraine: Meinungsumfragen in Kriegszeiten Nr. 335
Geopolitische Auswirkungen des Berg-Karabach-Konflikts Nr. 334
Neue Dimensionen der Weltraummilitarisierung Nr. 333
Hybrider Krieg: Vorstellung und Wirklichkeit Nr. 332
Mediationsunterstützung: Strukturen und Rollen Nr. 331

© 2024 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000663051